

**Lampedusa:
Ein Flüchtlingsdrama, das sich seit Jahrzehnten ereignet, wird plötzlich von
denen, die es veranstalten, entdeckt.**

1.

Die sich seit geraumer Zeit häufenden Bootskatastrophen mit Flüchtlingen im Mittelmeer - mare nostrum (!) - haben längst zu Tausenden von Toten geführt. Viele sind an europäische Strände angeschwemmt worden, noch mehr liegen auf dem Boden des Mittelmeers und wie viele Flüchtlinge ihr Leben verloren haben, weil die Frontex-Schiffe sie dorthin zurück getrieben haben, wo sie nicht mehr leben wollten und konnten, ist unbekannt. Großes Aufsehen haben all die einzelnen Opfer, obwohl sie sich leicht zu Leichenbergen summieren lassen, nie erregt; für sich waren sie jeweils zwar unschöne, aber letztlich zu vernachlässigende Kollateralopfer einer für notwendig erachteten europäischen Abschottungspolitik, die - so der politische Tenor - doch vom Risiko einer illegalen Grenzübertretung wussten und das offensichtlich freiwillig in Kauf genommen haben. So wurden alle, nach der Anzahl der jeweiligen Leichen als *Kleinkatastrophen* abgehakten Havarien weg kommentiert. Da musste erst ein Schiffs-"Unglück" passieren, bei dem *auf einen Schlag* mehrere Hundert Boatpeople ihr Leben verlieren, die Insel Lampedusa mit dem Bergen der Leichen und der Unterbringung der Überlebenden gänzlich überfordert sein, dass die europäische Öffentlichkeit und Politik Notiz nimmt. Doch wie?

2.

"Das Mittelmeer darf nicht weiter ein Massengrab für Flüchtlinge sein!", erklärte Staatsministerin Böhmer (CDU). Und sie fuhr fort: Es sollten "alle Möglichkeiten ausgelotet werden, damit Flüchtlinge in ihren seeuntüchtigen Booten nicht mehr zu Tode kommen." (SZ,10.10.13) Ihr Parteikollege Laschet stieß in dasselbe Horn: Zunächst einmal sei "unsere Empathie mit den vielen Flüchtlingen nötig und wichtig". Wie den Papst triebe auch ihn die Sorge um, "dass wir die einzelnen Schicksale nicht mehr sehen, sondern nur noch abstrakte Zahlen." (a.a.O.) Und der zuständige deutsche Innenminister Friedrich ließ sich in Sachen demonstrativer Betroffenheit ebenfalls nicht lumpen: "Die Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa hat uns alle erschüttert. Wir müssen alles dafür tun, dass sich so etwas nicht wiederholt!" (SZ, 8.10.13)

Der aufgeklärte Zeitgenosse und Zeitungsleser wird sich diese und weitere Betroffenheitsbekundungen wohl kaum in eine Liste von konkreten Hilfsmaßnahmen übersetzt haben, die europäische Politiker den gerade gestrandeten und in Zukunft an den Küsten Afrikas auf Überfahrtgelegenheiten wartenden Flüchtlingen zuteil werden lassen wollen: Kein Mensch übersetzt sich die Gefühlsaufwallungen der Oberen in die Bereitstellung von *seetüchtigen* Booten oder andere Transportmittel, mit denen fluchtbereite Menschen den Weg nach Europa antreten können. Die geforderte *Empathie*, das meint doch Einfühlung in die Lage der armen Schweinen in den überfüllten Lagern von Lampedusa, Malta oder sonst wo, deutet kein Mensch als Auftakt zur Unterbringung dieser Menschen in "menschenwürdige" Unterkünfte - etwa in den zahllosen leerstehenden Bettenburgen an den europäischen Mittelmeerküsten; als Ankündigung von angemessener Versorgung und Kleidung oder von Ausstattung mit dem nötigen Kleingeld, das sie nach der Erholung von den Strapazen befähigen könnte, sich in die Region ihrer Wahl zu begeben. An all das - und die Liste solcher Hilfen ließe sich durchaus noch vervollständigen - ist bei aller *Erschütterung* und bei aller Beteuerung, dass sich *so etwas nicht wiederholen darf*, überhaupt nicht gedacht. Weder zuständige Minister noch fromme Kirchenleute, weder die Zeitungsschreiber noch

die Fernsehleute¹, weder das Publikum vor den TV-Geräten noch diejenigen, die jetzt den Spendenaufrufen folgen, kommen auf den Gedanken, ihre Gefühlsregungen anders denn vom *Standpunkt des Schutzes von Europa* vor den *ungebetenen* Flüchtlingen² aus Afrika oder dem Nahen Osten zu ende zu denken.

3.

Damit kein Missverständnis aufkommt: Wo im Prinzip jeder angelandete Flüchtling für eine Lücke in der Grenzsicherung steht, da verhält sich so, dass *seeuntüchtige* Wasserfahrzeuge zu diesen Fluchtbewegungen geradezu dazu gehören. Dass nach Beschluss der EU für all diese Flüchtlinge in Europa kein Platz ist, nützen Schlepperbanden im Verein mit Bootseigentümern ebenso gnadenlos wie rücksichtslos aus. Je mehr Menschen auf die dann überladenen und damit auf jeden Fall *seeuntüchtig gemachten* Kähne gequetscht werden, desto größer ist ihr Geschäft. Wohlgemerkt: Diese Banden nützen dabei die Lage der Flüchtlinge aus, sie stellen sie nicht selbst her - das machen andere Kräfte. Sie nützen dabei nicht nur die aus existenzieller Not geborenen Fluchtwünsche ihrer "Kunden", sondern in erster Linie den Umstand aus, dass eine *legale* Einreise in eines der gelobten Länder von eben diesen nicht nur *untersagt* worden ist, sondern *brutal behindert* wird. Für Fluchtentschiedene, die keine andere Möglichkeit für sich sehen als eben diese illegale Überfahrt, steht damit fest, dass Europa in Gestalt seiner Schengenefestung eine Sorte Grenzsicherung errichtet hat und permanent weiter ausbaut, die für sie immer mit einem Todesrisiko verbunden ist. Keine Frage, auf wessen Konto die Ertrunkenen vor und nach Lampedusa gehen.

So will das natürlich keiner der Politiker sehen. Vielmehr sind sie ernstlich betroffen. *Heuchler* sind die Friedrichs, Böhmers, Merkels etc. - um ein weiteres Missverständnis auszuräumen - dabei nicht. Und wenn sie sich von den "verzweifelten Blicken der Überlebenden" (Barroso) angerührt zeigen, dann kann man es ihnen schon mal abnehmen, dass es ihnen an die Nieren gehen, wenn sie unmittelbar mit den leichtenträchtigen *Konsequenzen ihrer eigenen Abschottungspolitik* konfrontiert werden. Wenn Vertreter der Linkspartei den Innenminister Friedrich einen "Hassprediger" schimpfen und bei Politikern nur - geheuchelte - Krokodilstränen sehen, dann muss man ihnen schon einmal sagen, dass sich unsere Politiker bei ihren Entscheidungen nicht von ihren Gefühlen *leiten* lassen. Antiflüchtlingpolitik ist keine Sache des *Hasses* auf diese Menschen, sondern folgt kalkulierten staatsmaterialistischen *Interessen*. Und wenn Machthaber angesichts der Leichenberge vor Lampedusa ein Betroffenheitsgefühl zum Ausdruck bringen, dann darf man sich sicher sein, dass sie bei den die politischen Konsequenzen, die sie aus Lampedusa ziehen, jedes "rein menschliche" Gefühl zurückstellen. Dafür fühlen sie sich in der gemeinsam betriebenen europäischen Sache viel zu sehr im Recht. Und wenn sie *als Politiker* ihrem Gefühl nachgeben, dann treibt sie allemal ein humanistischer Zuständigkeitsgedanke um: Das darf doch uns, den zivilisierten Verwaltern dieses zum freien Westen gehörigen Kontinents nicht passieren, da da Menschen massenhaft absaufen, lautet der. So abgebrüht man für den Job der Machtausübung und der Wahrung eines Euro-Gewaltmonopols auch sein muss, diese Bilder mögen die für die Grenzen verantwortlichen EU-Politiker wirklich nicht. Ihre Zuständigkeit für die unschönen Nebenwirkungen von Vertreibungen, Stammes- und Religionskriegen, Hunger- und anderen

1 Es sei mal wieder auf den Aufwand und dessen Kosten verwiesen, mit dem Fernsehanstalten aller Länder das Publikum zu Hause mit immer neuen und Mitleid erregenden Bildern von den Katastrophe versorgen. Auch der steht für den Reichtum von Ländern, die ihre Grenzen selbst gegenüber den paar armen Menschen verschließen, die es überhaupt bis an die Küsten und damit bis in die kostspielige "Obhut" von Schlepperbanden schaffen.

2 Dass es sich um diese handelt, macht jenes Sortierunwesen deutlich, mit dem zur Zeit die Flüchtlinge aus Syrien nach Ausgebildeten, Gebildeten, Facharbeitern etc., kurz: nach dem Kriterium der Brauchbarkeit für die hiesige Volkswirtschaft und deren Nutznießer registriert werden. Wenn Deutschland sich dann moralisch in die Brust wirft und damit angibt, von sich aus mehr von diesen Flüchtlingen aufzunehmen, zugleich aber Frontex effektiver gegen Hungerleider aus Afrika einsetzen will, dann weiß man sogleich, was hier unter Humanität verstanden wird. Für den Rest der syrischen Flüchtlinge sind dann übrigens weiterhin die Nachbarländer zuständig, die vom Europaparlament just zu dem Zeitpunkt als Barroso seinen "Canossagang" nach Lampedusa antrat, aufgefordert wurden, *ihre Grenzen* weiter offen zu halten. (SZ. 10.10.13)

Katastrophen besteht denn auch nicht darin, Flüchtlinge auszurotten. Ihre Flüchtlingspolitik ist kein ins Werk gesetztes Vernichtungsprogramm für Flüchtling aller Art, sondern ein *Schutzprogramm für Europa*.

4.

Aber genau in dieser ausgrenzenden Negativität liegt dessen ganze *Härte*: Es will dafür sorgen und tut es auch schon ziemlich effektiv, dass alle Armen und Verfolgten dieser Welt, die auf die Idee kommen, dass es ihnen in Europa besser ergehen könnte als in ihrer Heimat, und die dafür in ihrer Familie bzw. in ihrem Stamm für die Bezahlung der mafiös organisierten Schlepper die letzten Dollars zusammenkratzen³, an den Grenzen Europas "abgewiesen" werden. Was dann mit ihnen geschieht, was sie bereits auf sich genommen haben, um zu den Grenzen zu gelangen, und vor allem, welche Gründe sie für die Flucht aus ihrer Heimat hatten, das fällt nicht ins politische *Interesse* und deswegen auch nicht in die *Zuständigkeit* der europäischen Grenzschützer.

Die Frage, die besonders Europas Führungsclique nach Lampedusa deswegen allein umtreibt, lautet: Wie können wir unsere Grenzen so dicht machen, dass wir und unsere Völker nicht zugleich ständig mit diesen unschönen Bildern von Ertrinkenden und Ertrunkenen konfrontiert werden? Sie denken konsequent am Schutzgedanken weiter; und etwas anderes ist ihnen nach der ersten Aufregung über Lampedusa auch nicht eingefallen als: Weiter so! Effektiver weiter so! Möglichst ohne diese Kollateralschäden!

Um in Zukunft solche *Katastrophen* wie in Lampedusa zu verhindern, müsse, so heißt es in merkwürdiger aber sachlogischer Gegenstandsverdrehung, "die EU bei der *Grenzsicherung* nachrüsten". Das Nachrüsten besteht - und nicht nur für Innenminister Friedrichs - *erstens* darin, dass die Heimatländer dafür zu sorgen haben, dass die Menschen sie nicht verlassen müssen bzw. können. Dass EU-Grenzen sehr offensiv ausgelegt werden, weiß man, seitdem westliche Freiheit am Hindukusch verteidigt wird. Euro-Politiker nehmen entsprechend die Heimatländer der Flüchtlinge in die Pflicht: Die hätten dafür zu sorgen, dass die dort hausenden Menschen *keinen Grund* haben, ihre Heimat zu verlassen und "unsere Freiheit" mit Schmarotzertum, Aids- und Terrorismusexport untergraben. Dabei ist sehr die Frage, ob diese Länder überhaupt dazu in der Lage sind - vom Wollen einmal abgesehen -, bei sich Verhältnisse zu schaffen, dass ihren Völkern bzw. Volksteilen die *Fluchtgründe* ausgehen. Denn was auch immer der konkrete Anlass für eine Fluchtbewegung sein mag - Vertreibung von Grund und Boden, Kriege, Katastrophen -, eines steht ganz generell fest: Auch in den afrikanischen Ländern haben die Grundgesetze der Marktwirtschaft unter tätiger Mithilfe westlicher Multis und der sie betreuenden Staaten Einzug gehalten. Das bedeutet: Inzwischen muss auch dort jedes Lebensmittel, jede Medizin und jedes noch so ärmliche Produktionsmittel mit Geld gekauft werden, obwohl die Menschen, die dort mehrheitlich aus ihren Subsistenzverhältnissen vertrieben sind, zugleich von jener Sorte des Geldverdienens mehrheitlich ausgeschlossen sind, die hier als Lohnarbeit geregelt ist. So gilt dort das Gelddiktat, ohne dass sich diese Länder zu "Industriestaaten" entwickeln. Folglich produziert der weltweite Sieg der kapitalistischen Produktionsweise dort massenhaftes Elend, Hungersnöte, unbrauchbare Armut und eben auch jede Menge "Wirtschaftsflüchtlinge". Die "Nachrüstung der EU bei der Grenzsicherung" bedeutet folglich für diese Staaten erneut nichts anderes, als mit westlich gesponserter Staatsgewalt mehr auf die *eigenen* Grenzen acht zu geben. Die wären dann der Grund dafür, dass die Heimat nicht mehr verlassen wird. Auf jeden Fall könnte so etwas dazu beitragen, dass weniger im Mittelmeer ertrunken wird.⁴

Zweitens wird das Nachrüsten im engeren Sinne dem Ausbau und der Effektivierung von Eurosur

3 Die Mehrheit der Flüchtlinge schafft nicht mal das und wiederum nicht gerade wenige schaffen nicht einmal so etwas wie Flucht.

4 So ist es eben: Den einen wird gepredigt, dass sie ihre Grenzen für jene syrischen Flüchtlinge öffnen sollen, die man in Europa auf keinen Fall haben will. Anderen Staaten wird nahegelegt, mit Grenzschutz die eigene Bevölkerung einzusperren, und man selbst schließt den eigenen "Freiheitsstall" gegen alle "ungebetenen Gäste" ab.

überantwortet; einem Überwachungssystem, das dazu beiträgt, dass Flüchtlingsboote durch Frontex rascher entdeckt und möglichst noch in der Nähe der afrikanischen Küste zur Umkehr "bewegt" werden sollen.⁵ Gelingt das, sind Flüchtlinge "gerettet" und immerhin nicht ertrunken. Was dann mit denen passiert, fällt nicht in die Zuständigkeit der EU.

Drittens soll den Schlepperbanden das Handwerk gelegt werden. Wo? Auf afrikanischem Boden. Wie? Als Auftrag an jene Staaten, an deren Küsten die Katastrophen ihren Ausgang nehmen. Sollte das gelingen, dann fänden in der Tat keine von Schleppern organisierten Überfahrten auf "völlig seeuntüchtigen Booten" mehr statt und dann stürben - schon wieder - weniger Menschen im Mittelmeer.

5.

In dieser Weise denken europäische Politiker also ganz sachgerecht: Die EU-Grenzen sollen so abgedichtet werden, dass die bislang zwangsläufigen Konsequenzen möglichst nicht mehr wie bisher in Lampedusa, vor Malta oder an spanischen Stränden zu besichtigen sind. So wird der Schutz von Menschen mit dem Schutz von Europas Grenzen vereinbar gemacht. Allerdings handelt es sich dabei immer nur um den *Schutz der Menschen vor den tödlichen Schutzmaßnahmen an Europas Grenzen* - natürlich ohne dass diese darunter leiden, im Gegenteil; und der Schutz hat nichts zu tun mit dem *Schutz dieser Kreaturen vor den Umständen, die sie zur Flucht aus ihrer Heimat bewogen haben*. Die bleiben und deswegen bleiben auch alle ihre bisherigen Fluchtgründe bestehen.

5 "Per Drohnen, Aufklärungsgeräten, Offshore-Sensoren und Satellitensuchsystemen soll das Mittelmeer komplett vermessen werden, verknüpft mit Hilfe von "System-of-Systems"-Technologien. Nationale Koordinierungszentren sollen beim Datenaustausch mit der EU-Grenzschutzagentur Frontex helfen." (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/eurosur-ueberwachung-statt-rettung-a-927140.html>)